



Landesärztekammer Hessen • Kassenärztliche Vereinigung Hessen • Landes Zahnärztekammer Hessen
Kassen Zahnärztliche Vereinigung Hessen • Landesapothekerkammer Hessen
Landeskammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten Hessen
Landestierärztekammer Hessen

Gemeinsame Pressemitteilung zum 4. Hessischen Heilberufetag:

Politik und Gesellschaft müssen umdenken lernen

Heilberufskörperschaften fordern neue Konzepte für künftige medizinische Versorgung

Wiesbaden, den 11. März 2011 - Wie kann die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Stadt und Land auch künftig gewährleistet werden? Angesichts des wachsenden Mangels an Ärzten, Zahnärzten, Apothekern, Psychotherapeuten und Tierärzten, insbesondere in ländlichen Gebieten, hatte das Bündnis „heilen&helfen“ diese Frage in den Mittelpunkt des 4. Hessischen Heilberufetages in Wiesbaden mit dem Titel „Stadt, Land, Flucht – Patienten bald allein zu Haus?“ gestellt. Unter der Moderation von Bärbel Schäfer diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der hessischen Heilberufskörperschaften Ideen und mögliche Lösungswege mit Hessens Sozialminister Stefan Grüttner. Dieser bezeichnete die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum als eine der „großen Herausforderungen der Gesundheitspolitik“. In Hessen habe er daher alle Akteure an einen Tisch geholt mit dem Ziel, einen Hessischen Pakt zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum zu schließen.

Dass sich die Gesellschaft in Zukunft auf eine veränderte Situation einstellen müsse, machte Dr. med. Gerd W. Zimmermann, stellvertretender Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, deutlich: „Die heute noch gewohnte, wohnortnahe Versorgung durch Hausärzte und Fachärzte wird künftig so nicht mehr funktionieren.“ Dies gelte in besonderem Maße für die aufsuchende Versorgung, die kaum mehr zu leisten sein werde. Stephan Allroggen, Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen, stellte fest, dass es derzeit keine Lücken in der vertragszahnärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich gebe, jedoch sowohl Unterschiede in den Versorgungsangeboten als auch Schwierigkeiten bei der Praxisweitergabe feststellbar seien.

Erika Fink, Präsidentin der Landesapothekerkammer Hessen, sagte voraus, dass dem Ärztemangel möglicherweise ein Apothekenmangel auf dem Land folgen werde. „Mit allen negativen Folgen, die damit für die Patienten verbunden sind.“ Sie gab außerdem zu bedenken, dass durch ständig neue und komplizierte Vorschriften bei der Arzneimittelauswahl und –abrechnung für Apotheken in Stadt und Land eine beträchtliche Mehrarbeit erwachsen sei, die nicht vergütet werde und die ihre Tätigkeit erschwere. Der Mangel an Tierärzten auf dem Land bedrohe die Gesundheit der Lebensmittel liefernden

Tiere und damit die Lebensmittelerzeugung, fügte Prof. Dr. Alexander Herzog, Präsident der Landestierärztekammer Hessen, hinzu. „Hiervon sind letztlich Bewohner von Stadt und Land betroffen.“

Dass die Bedarfsplanung derzeit die weniger verdichteten Regionen benachteilige, hob Jürgen Hardt, Präsident der Landeskammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten Hessen hervor. Während sich beispielsweise in einer Kernstadt 38,8 Psychotherapeuten pro 100.000 Einwohner niederlassen können, sollen in ländlichen Kreisen 4,3 Psychotherapeuten 100.000 Einwohner versorgen. „In dieser Bedarfsplanung werden weder demografische Entwicklung noch Morbidität sachgerecht berücksichtigt“, kritisierte Hardt.

Sozialminister Grüttner erklärte, dass er sich als Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz 2011 für die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und für ein größeres Mitspracherecht der Länder einsetze. Die vom Bund vorgegebene Bedarfsplanung passe nicht mehr mit den gelebten Realitäten in den Regionen zusammen.

Es gehe vor allem darum, die regionale Verantwortung zu stärken und die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen so zu modifizieren, dass den Verantwortlichen in den Regionen mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden. Dazu gehöre, dass die Länder im Rahmen ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge als Partner der Selbstverwaltung sowohl im Gemeinsamen Bundesausschuss als auch in den Landesausschüssen mit am Tisch sitzen und über die bedarfsgerechte Versorgung mitbestimmen. „Wenn die Bundesregierung den Ländern diese Gestaltungsmöglichkeiten im Gemeinsamen Bundesausschuss und in den Landesausschüssen nicht einräumt, ist eine Zustimmung des Bundesrats zum GKV-Versorgungsgesetz fraglich“, kündigte Grüttner an.

Welche Regulationsmöglichkeiten gibt es, um den sinkenden Zahlen der Heilberufler zu begegnen? Die Vertreter der Heilberufskörperschaften sprachen sich eindeutig gegen Planwirtschaft und für Motivation aus: Die Politik solle nicht durch Vorgaben übermäßig regulieren, sondern weiter zum freien Beruf stehen, auf das persönliche Engagement der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker und Psychotherapeuten setzen und Anreize dafür schaffen. Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach, Präsident der Landesärztekammer Hessen, betonte, dass sich die Heilberufe durch ihr Engagement für eine hochwertigen Aus- und Weiterbildung ihres beruflichen Nachwuchses für den Erhalt der medizinischen Versorgung in Hessen stark machten. „Darüber hinaus bilden wir unsere eigenen Assistenzberufe (Medizinische Fachangestellte und Pharmazeutische Fachangestellte) aus und qualifizieren sie dazu, Aufgaben der Patientenbetreuung in Delegation zu übernehmen. Diagnose und Therapie bleiben damit in ärztlicher Hand.“

Auf dem Heilberufetag wurde die Aufwertung der ländlichen Gebiete als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bezeichnet. Das Bündnis „heilen&helfen“ forderte die Kommunen dazu auf, neue Konzepte und Angebote mit zu entwickeln, um die Tätigkeit auf dem Land für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Psychotherapeuten und Tierärzte attraktiver zu machen. Arbeitgeber, Politik und Gesellschaft müssten umdenken lernen, da sich die Berufsrealitäten verändert hätten: Schon heute sind mehr als die Hälfte der Studierenden und jungen Berufsangehörigen weiblichen Geschlechts. „Für den beruflichen Nachwuchs, Frauen und Männer gleichermaßen, müssen Beruf und Familie miteinander vereinbar sein“, erklärte Dr. Michael Frank, Präsident der Landeszahnärztekammer Hessen. Die Schlagworte hierfür seien der Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes, aber auch die Entbürokratisierung der Heilberufe. Arzt sein, müsse wieder Spaß machen. Es seien aber auch die Heilberufskörperschaften selbst gefragt: Sie müssten gemeinsam mit den Partnern im Gesundheitswesen neue innovative Wege und Hilfen der Berufsausübung, z.B. in Berufsausübungsgemeinschaften, aufzeigen. Dies mache eine flexible Gestaltung des Versorgungsauftrags im Rahmen der Bedarfs-/Versorgungsplanung notwendig.

Nähere Informationen unter www.heilberufetag.de

Kontakt:

Landesärztekammer Hessen:

Katja Möhrle, 069 / 97 672 188, 0151 / 18 804 980;

Katja.Moehrle@laekh.de

Landeszahnärztekammer Hessen:

Annette C. Borngräber, 069 / 42 72 75 114,

0172 / 69 15 367

Borngraeber@lzkh.de

Kassenärztliche Vereinigung Hessen:

Karl Matthias Roth, 069 / 795 02 755, 0179 / 7865 970

Karl.Roth@kvhessen.de

Landestierärztekammer Hessen:

Jutta Könecke, 06127 / 90 75 11

Jutta.koennecke@ltk-hessen.de